

Rede zum Ostermarsch 2025 – Palästina-Solidarität Magdeburg

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,

liebe Besucherinnen und Besucher des Ostermarschs,

heute stehe ich hier im Namen der Palästina-Solidarität Magdeburg.

80 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus erleben wir, wie die Grundsätze von „Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus!“ verraten werden. Wir haben uns heute hier versammelt, um der Jüd:innen, Widerstandskämpfer:innen, Kommunist:innen, Sinti und Roma, Zwangsarbeiter:innen, Homosexuellen und all jener zu gedenken, die von den Nationalsozialisten verfolgt, gequält und ermordet wurden.

Doch dieses Gedenken wird durch aktuelle Ereignisse überschattet: Ein internationaler Haftbefehl gegen Netanjahu, vom Internationalen Gerichtshof (IGH) ausgestellt – dennoch erlaubte Polen ihm die Teilnahme an der Auschwitz-Gedenkfeier. Eine unfassbare Missachtung des Völkerrechts!

Andererseits wurde auf Druck der israelischen Regierung der deutsch-israelische Philosoph Omri Boehm, ein Kritiker der israelischen Regierungspolitik, von der Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau-Dora ausgeladen.

Auch das Tragen der Kufiya durch Mitglieder der Kommunistischen Organisation (KO) wurde von der Gedenkstättenleitung Buchenwald unter Androhung von Polizei und Hausverboten unterdrückt.

Die deutsche Politik, die sich auf ihre „besondere Verantwortung“ beruft, instrumentalisiert den Geschichtsrevisionismus für ihre eigene Kriegsagenda: „Nie wieder Krieg“ wird bewusst ausgeklammert und auf ein „Nie wieder ist jetzt“ verkürzt – während gleichzeitig 500 Milliarden Euro als Sondervermögen für Aufrüstung und die dazugehörige Infrastruktur bereitgestellt werden! Bundeskanzler Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock betonen zudem, dass Deutschland Israel uneingeschränkt unterstützen müsse. Allein im letzten Jahr beliefen sich die Rüstungsexporte nach Israel auf 161 Millionen Euro.

Für uns stellt sich eine der drängendsten und kontroversesten Fragen unserer Zeit:

Wie wird sich die zionistische Staatsräson der deutschen Politik auf unser Leben, auf Meinungsfreiheit und den Umgang miteinander auswirken?

Diese Forderung delegitimiert das, was von unserer Demokratie noch übrig geblieben ist.

Solidarität wird zur Einbahnstraße. Das ist kein abstrakter Diskurs – denn betroffen sind Menschen weltweit.

1. Jüdische Menschen für Palästina

Die zionistische Propaganda will uns glauben machen, Israel repräsentiere alle Jüd:innen weltweit.

Doch auch jüdische Menschen, teils aus Familien von Holocaustüberlebenden, sagen: „Nicht in unserem Namen!“ Sie wissen, dass der Kampf gegen den Zionismus ein Teil des Kampfes gegen den Faschismus ist und dass wirkliche Sicherheit nicht aus Waffen, sondern aus Gerechtigkeit erwächst! Sie verstehen, dass der Widerstand gegen die Besatzung und die koloniale Unterdrückung, die Palästinenser:innen erleiden, eine Frage der Menschlichkeit ist und keine religiöse oder ethnische Zugehörigkeit betrifft.

Diese Stimmen richten sich gegen die Vereinnahmung durch einen kolonialen Staat und sind ein wichtiger Bestandteil des globalen Widerstands gegen Imperialismus und Rassismus. Sie erinnern uns daran, dass wir die Unterdrückung nicht mit dem Namen einer Religion oder Nation verbinden dürfen, sondern mit dem globalen Kampf für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit.

2. Einbürgerungsgesetz gegen palästinasolidarische Migrant:innen

Im Dezember 2023 kündigte das Bundesland Sachsen-Anhalt ein neues Einbürgerungsgesetz an. Es verbietet Menschen, die das Existenzrecht Israels nicht anerkennen oder eine vermeintliche Vorgeschichte antisemitischer Handlungen haben, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen. Dieses Gesetz wurde inmitten massiver Proteste gegen die israelischen Bombardierungen im Gazastreifen etabliert und zeugt von der gefährlichen Instrumentalisierung von Antisemitismusvorwürfen, um politische Entscheidungen zu rechtfertigen. Die unbedingte Unterstützung Israels wird zum unantastbaren Prinzip erklärt. Was bedeutet das konkret? Nicht nur, dass die Menschenrechte der Palästinenser und Prinzipien des Völkerrechts auf dem Spiel stehen, sondern auch, dass in Deutschland ein gefährlicher Diskurs geschaffen wird, der durch den vermeintlichen Kampf gegen Antisemitismus in Wahrheit neue Formen von Rassismus fördert und insbesondere Migranten und Geflüchtete stigmatisiert. Das Gesetz ignoriert die Quelle antisemitischer Gewalt in Deutschland: den Rechtsextremismus. Der Anschlag von Halle 2019, bei dem ein rechtsextremer Täter gezielt gegen Juden vorging, zeigt dies deutlich. Dennoch wird mit diesem Gesetz die Aufmerksamkeit auf eine angebliche Bedrohung durch Migranten gelenkt – ein Versuch, tiefere gesellschaftliche Probleme zu verschleiern und eine Scheinbedrohung zu inszenieren.

3. Wenn Täter verharmlost und Opfer bedroht werden

Es ist unerlässlich, dass nicht nur wir als palästinasolidarische Akteure diese Mechanismen erkennen und herausfordern. Eine Gesellschaft, die den Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus ernst nimmt, muss sich mit den realen, strukturellen Ursachen dieser Diskriminierung auseinandersetzen – und nicht Sündenböcke schaffen, die von den wahren Tätern ablenken. In Magdeburg erleben wir eine Zunahme rassistischer Angriffe, die durch gezielte Hetze gegen Muslim:innen angeheizt wird. Im Februar 2025 kam es zu einem Mordversuch an zwei Migranten durch Neonazis. Zuvor hatte die AfD den Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt im Dezember 2024 für ihren Wahlkampf instrumentalisiert. Besonders perfide: Sie stellte den Täter bewusst fälschlich als Islamisten dar – mit dem Ziel, Hass gegen Muslim:innen zu schüren und die Gesellschaft weiter zu spalten. Diese Hetze und die daraus resultierende Gewalt sind keine Einzelfälle, sondern Ausdruck einer breiteren politischen Entwicklung, in der rassistische Gesetzgebungen, Aufrüstungspolitik und menschenverachtende Kriegspropaganda zunehmend zur Alltäglichkeit werden.

4. Die Waffenruhe und fortwährende Gewalt in Gaza

Ein Blick auf die Geschehnisse in Gaza verdeutlicht die politische Dimension des Konflikts und die internationale Verantwortung. In den letzten Wochen haben wir erneut gesehen, wie die israelische Regierung in Gaza brutal zuschlägt, während die Weltöffentlichkeit weitgehend schweigt oder den Diskurs zugunsten Israels manipuliert. Ein brutaler Bruch der Waffenruhe, bei dem hunderte unschuldiger Palästinenser im Schlaf getötet wurden. Es ist eine Gewalt, die nicht nur gegen Palästinenser:innen gerichtet ist, sondern die auch die politische Stabilität im gesamten Nahen Osten gefährdet und die internationale Gemeinschaft vor eine moralische Zerreißprobe stellt. In Deutschland wird diese Gewalt durch eine Politik der bedingungslosen Unterstützung Israels weitgehend gerechtfertigt. Wir können den „Sicherheitsanspruch“ Israels nicht unreflektiert akzeptieren, während gleichzeitig Völkerrecht und Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Im Sinne von Völkerfreundschaft, internationaler Solidarität und dem Wunsch nach Frieden und Gerechtigkeit ist es unsere Pflicht, auch den Palästinenser:innen zur Seite zu stehen, die in einem von imperialistischen Mächten gestützten Apartheidstaat leben.

5. Repression gegen Palästina-Solidarität und der Umgang mit Kritik

Auf Demonstrationen erleben wir Repression. Teilnehmer an Demonstrationen für die Rechte der Palästinenser werden überwacht, festgenommen und unter Druck gesetzt. In Berlin sollen aktuell vier Migrant:innen abgeschoben werden, weil sie sich an propalästinensischen Protesten beteiligt haben. Demonstrationen werden teilweise mit Sprechverboten für die arabische Sprache belegt, was einen massiven Eingriff in die Meinungsfreiheit bedeutet.

Mit dem Verbot von Gruppen wie Samidoun oder Palästina Solidarität Duisburg wird versucht, jede Form im Keim zu ersticken. Diese Repression ist ein klarer Versuch, eine legitime politische Meinung zum Schweigen zu bringen und den Raum für kritische Auseinandersetzungen systematisch zu verengen.

Doch die Solidarität mit Palästina ist nicht nur ein Akt politischer Unterstützung, sondern ein notwendiger Beitrag für eine gerechtere, friedliche Weltordnung. Es geht um die Verteidigung von Grundrechten, Völkerrecht und das Recht auf Widerstand gegen koloniale Unterdrückung. Die anhaltende Unterdrückung der Palästinenser steht in direktem Zusammenhang mit den globalen Machtstrukturen des Imperialismus. Die Solidarität mit Palästina ist daher auch eine Solidarität mit allen unterdrückten Menschen weltweit, die gegen Krieg, Ausbeutung und rassistische Unterdrückung kämpfen.

6. Die Staatsräson als Instrument der Macht

Abschließend möchte ich noch einmal auf die Idee der Staatsräson eingehen. Der Begriff wurde von Angela Merkel in ihrer Rede vor der Knesset 2008 eingeführt und hat seitdem eine zentrale Rolle in der deutschen Politik gespielt. Die Staatsräson wird von der deutschen Regierung als Rechtfertigung für militärische Interventionen, Waffenlieferungen und die Unterstützung eines kriegerischen Vorgehens in Gaza genutzt. Sie lässt sogar dann nicht nach, wenn humanitäre Hilfe ausgesetzt und Krankentransporte angegriffen werden – obgleich sich Nachbarstaaten wie Frankreich dazu gegenteilig verhalten.

7. Schlussfolgerung

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
der Slogan „Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus“ muss mehr sein als eine Phrase. Sondern Aufforderung zu weltweitem Handeln gegen alle Formen des Imperialismus. Lasst uns gemeinsam für eine Welt kämpfen, in der Frieden nicht auf den Zerstörungen von Kriegen basiert, sondern auf der Solidarität und dem gemeinsamen Kampf der unterdrückten Völker dieser Welt.
Danke für eure Aufmerksamkeit. Hoch die internationale Solidarität!